

**Interview**  
**21. April 2022**

**Moritz Küpper im Gespräch mit Katarina Barley (SPD), Vizepräsidentin des EU-Parlaments**

**Moritz Küpper:** Der Westen so geschlossen, wie lange nicht mehr. Die Europäische Union als politischer Akteur so relevant, wie lange nicht mehr. Der Grund: Russlands Angriff auf die Ukraine, das militärische Vorgehen dort. Doch seit Jahren wird Russlands Streben flankiert von den Bemühungen, den Westen zu destabilisieren. Auch die Unterstützung populistischer, EU-feindlicher, nationalistischer Kräfte gehört dazu, in Deutschland beispielsweise die AfD, in Frankreich der einstige Front National, die nunmehr weiterhin rechtsextreme Partei Rassemblement National und ihre Spitzenkandidatin Marine Le Pen. Sie steht erneut in der Stichwahl um das Präsidentenamt. Am Sonntag wird dort gewählt. Gibt es ein böses Erwachen für den Westen, für die EU? Wird vielleicht gar der Krieg darüber entschieden?

Am Telefon ist nun Katarina Barley (SPD), Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Guten Morgen!

**Katarina Barley:** Guten Morgen, Herr Küpper.

**Küpper:** Frau Barley, wie groß ist Ihre Angst vor Marine Le Pen?

Barley: Na ja. Ich rechne eigentlich damit, dass Emmanuel Macron die Wahl gewinnt. Aber sollte Marine Le Pen gewinnen, dann werden wir sehr große Probleme in der Europäischen Union bekommen.

**Küpper:** Was würde das bedeuten?

**Barley:** Das würde bedeuten, dass diejenigen, die ein völlig anderes Europa wollen im Sinne einer Schwächung Europas, große Verstärkung bekommen würden, denn es ist ja nicht so, als gäbe es die nicht schon in der Europäischen Union. Vor allem Viktor Orbán, der ja gerade wiedergewählt worden ist, gehört dazu, aber andere wollen auch in diese Richtung gehen.

**Küpper:** Warum wollen so viele Menschen scheinbar oder einige Menschen ein anderes Europa?

**Barley:** Nationalismus ist wieder modern geworden. Viele in ihren Wahlkämpfen spielen die nationale Karte. Und es ist natürlich für jedes Land eine Verlockung, dasselbe zu sagen wie Boris Johnson im Grunde genommen beim Brexit, „take back control“, wir wollen wieder selber bestimmen ...

**Küpper:** Aber das hat ja nicht so richtig geklappt.

**Barley:** Die einen sagen so, die anderen sagen so. Wir hatten gestern gerade eine Sitzung dazu mit den entsprechenden Zahlen. Natürlich hat es nicht geklappt, aber alles Negative führt ja Johnson intern auf Corona zurück und das sei alles nicht so schlimm. Seine Sichtweise ist da immer noch eine andere.

**Küpper:** Was würde es denn dann bedeuten, wenn Le Pen jetzt wirklich gewählt würde? Wäre das dann, wie manche schreiben, das Ende der Europäischen Union?

**Barley:** Ganz soweit würde ich nicht gehen, aber es würde die Dinge wesentlich erschweren. Zum einen wie gesagt: Diejenigen, die die Schwerpunkte eigentlich bei den Nationalstaaten sehen und immer weniger Europa wollen, die würden gestärkt werden. Auf der anderen Seite würden sie auch ein Land haben, was den deutsch-französischen Motor dann stottern bis ausgehen lässt, und das wäre für die Europäische Union auch nicht gut.

**Küpper:** Aber zeigt sich nicht gerade in diesem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, in der gesamten weltpolitischen Lage, wie bedeutsam die Europäische Union ist?

**Barley:** Absolut. Gerade in der Anfangsphase waren viele – und ich auch – sehr beeindruckt von dem, was auf einmal die Europäische Union alles kann, sehr schnell, sehr zügig, sehr entschlossen Finanzen, Waffen, Subventionen auf den Weg zu bringen. Allerdings bröckelte es dann auch schnell wieder. Ich habe Viktor Orbán schon genannt. Er war damals noch im Wahlkampf. Jetzt ist er gewählt. Da sitzt immer ein Stück weit Putin auch mit am Tisch.

**Küpper:** Aber vermitteln sich diese Vorzüge der Europäischen Union nicht, oder warum dann jetzt trotzdem diese aufstrebenden wieder erstarkten Kräfte in verschiedenen Ländern? Sie haben es genannt.

**Barley:** Die Bevölkerungen sehen das schon. Nur auf der anderen Seite wird mit europäischem Geld viel Gutes getan, insbesondere für die Wirtschaft, und das reklamieren dann die nationalen Regierungen für sich selbst. Das ist kein neues Phänomen, aber gerade in Ungarn und in Polen sehen wir das ganz stark. Und man darf das nicht unterschätzen. Seit einigen Jahren inzwischen ist das ein systematisches Narrativ in manchen Ländern zu sagen, insbesondere im Osten Europas, dass die Europäische Union ihnen eine andere Moral, eine andere Kultur, eine andere Tradition aufdrängen wolle. Das ist etwas, was man wirklich nicht unterschätzen darf, was in einigen Mitgliedsstaaten im Osten leider zunehmend Zuspruch findet.

**Küpper:** Ist das eine Art parallele Kriegsführung auch von Russland - Sie haben die Unterstützung Putins angesprochen -, die jenseits dieses russischen Angriffskrieges in der Ukraine gerade geführt wird, gegen den Westen?

**Barley:** Absolut. Wir können das nicht immer punktuell nachweisen, aber wir wissen natürlich, dass Desinformation, Propaganda zum Handwerkszeug von Putin gehört. Ich nehme mal nur ein Beispiel: Manche werden vielleicht etwas mit dem Begriff Istanbul-Konvention anfangen können. Das ist eine Konvention zum Schutz vor häuslicher Gewalt. Völlig unproblematisch! Das wird in weiten Teilen Osteuropas mittlerweile wirklich als Angriff auf die traditionelle Familie geframt und selbst progressive Politiker\*innen können das gar nicht mehr vertreten, ohne dass sie da vollkommen in die Defensive geraten. Solche Blüten treibt das dort. Über Homosexualität, LGBTIQ will ich da gar nicht reden.

**Küpper:** Wir lernen gerade, Frau Barley, Geschlossenheit ist ein sehr hohes Gut, gerade in der aktuellen Phase. Jetzt ist es so: Innerhalb Deutschlands, aber auch innerhalb der westlichen Unterstützer der Ukraine, da wird aktuell viel über Deutschland, über die Position, die zögerliche Haltung – so sagen es viele – von Olaf Scholz, dem Bundeskanzler gesprochen im Hinblick auf Unterstützung der Ukraine, Waffenlieferungen. Begegnet Ihnen diese Kritik auch in Brüssel?

**Barley:** Ja, die Kritik begegnet mir auch in Brüssel. Aber da muss man auch sehr genau hinschauen, von wem.

**Küpper:** Was wird denn da gesagt?

**Barley:** Na ja. Das ist die lange Linie, weil sie von der Energieabhängigkeit kommt und dort Deutschland eine zögerliche Haltung vorgeworfen wird. Da muss man sagen, eine ähnliche Haltung haben viele Länder, aber Deutschland ist das prominenteste Beispiel, und dann kommen jetzt diese Waffenlieferungen und die Einlassungen dazu noch obendrauf. Wenn man mit Menschen spricht, die sich ein bisschen damit beschäftigen, dann hört sich das Ganze deutlich ruhiger an, aber gerade im Europäischen Parlament haben wir auch Kräfte, die das benutzen, gerade auch aus dem rechten Lager. Ich will jetzt nicht sagen, dass das auch angefeuert wird, aber man muss da schon sehr genau hinschauen. Wenn man die Zahlen auf dem Tisch hat, die zur Verfügung stehen, beziehungsweise mit denen spricht, die sich wirklich inhaltlich damit beschäftigen, dann ist das deutlich differenzierter.

**Küpper:** Aber ist das so? Die Süddeutsche Zeitung zitiert heute Ihren Abgeordneten-Kollegen Reinhard Bütikofer von den Grünen. Da steht, in Brüssel würde niemand „den Kurs der Zögerlichkeit, den Olaf Scholz gegenüber der notwendigen Waffenhilfe für die Ukraine fährt, verstehen“.

**Barley:** Wir waren gerade gestern gemeinsam in einer Sitzung, Reinhard Bütikofer und ich, und da hat er sich sehr vehement gegen einen solchen politisch instrumentalisierenden Kommentar eines estnischen Kollegen gewandt, der genau dieses Thema benutzt, um daraus Deutschen-Feindlichkeit zu machen. – Viele, gerade osteuropäische Länder haben eine komplett andere Sichtweise, und das verstehen wir auch alle. Es gibt allerdings auch andere, die das differenzierter sehen, wie gesagt. Ich glaube, dass es vor allen Dingen die sehr unterschiedlichen Stimmen sind, die uns da nicht helfen. Ich glaube, wenn wir alle den Kurs der Bundesregierung erklären würden, wäre die Aufregung auch weniger groß.

**Küpper:** Sigmar Gabriel, einst Ihr Parteivorsitzender, der hat gestern hier an dieser Stelle gesagt, Olaf Scholz erklärt das zu wenig, er kommuniziert das zu wenig. Hat Olaf Scholz mit dieser Zeitenwenden-Ankündigung vielleicht Hoffnungen geweckt, die er jetzt nicht unterfüttert – und sei es nur rhetorisch?

**Barley:** Die Zeitenwende-Rede war wirklich eine große und hat auch in Europa einen riesigen Widerhall gefunden.

**Küpper:** Aber liegt darin nicht das Problem? Sind das leere Worte?

**Barley:** Nein, ganz und gar nicht! Ich meine, die haben ja ganz konkrete Auswirkungen. Die großen Finanzmittel, die zur Verfügung gestellt werden, um die Bundeswehr tauglich zu machen, und die auch gewaltigen Mittel, die Deutschland zur Verfügung stellt im Rahmen der Europäischen Union für die Ukraine, die sind ja da und die sind ja auf diese Rede gegründet. Das ist ein Stück weit auch der Punkt. Was, glaube ich, viele in Europa nur schwer verstehen, ist tatsächlich, wie vernachlässigt dieser Bereich Verteidigung auch, muss man sagen, von den zuständigen Minister\*innen, muss man leider sagen, in der Vergangenheit war, wie wenig tatsächlich da ist. Aber wenn man dann hinschaut: Olaf Scholz hat ja beispielsweise gesagt, wenn jetzt Polen, Tschechien, andere Länder, die die osteuropäischen Varianten der Waffen, zum Beispiel der Panzer haben, wenn die die liefern, dann wird Deutschland diese Partnerländer mit dem entsprechenden Nachschub versorgen. Wenn man genau hinschaut, dann ist da sehr viel mehr. Ich glaube, an der Kommunikation können wir alle noch was tun.

**Küpper:** Das heißt, an der eigentlichen Politik müsste sich nichts ändern, sondern „nur“ an der Kommunikation?

**Barley:** Ich habe keinen Hehl daraus gemacht, dass ich dafür bin, die Ukraine sehr umfangreich mit Waffen zu unterstützen, auch sehr schnell. Nun bin ich keine Militärexpertin und das irritiert mich manchmal ein bisschen in den Diskussionen, wie jeder und jede, ob

Politiker\*in oder nicht, weiß, wie das mit den ganzen Waffensystemen abläuft. Ich vertraue, wenn gesagt wird, es wird alles geliefert, was möglich ist. Das erwarte ich allerdings auch.

**Küpper:** Eine Lieferung von Kampfpanzern berge die Gefahr, dass Russland dagegen taktische Atomwaffen einsetze. So hat es Sigmar Gabriel gestern hier gesagt. Teilen Sie diese Sorge?

**Barley:** Nein. – Wladimir Putin ist für rationale Erwägungen offensichtlich nicht mehr zugänglich. Wenn man sich den Untergang der Moskwa ansieht und wie das zum einen nur aufgrund schweren Seegangs erfolgt sein soll, auf der anderen Seite aber der Casus Belli, warum jetzt eskaliert wird, das ist nicht mehr rational.

Ich habe das schon oft gesagt. Die Ukraine war im Besitz von Atomwaffen nach dem Auseinanderfallen der Sowjetunion und sie hat im Rahmen des Budapester Memorandums diese Atomwaffen an Russland abgegeben, im Vertrauen darauf, dass Russland gemeinsam mit den USA und Großbritannien der Ukraine territoriale Unverletzlichkeit zugesichert hat, in genau diesem Memorandum. Deswegen jetzt zu sagen, da könnten möglicherweise genau diese Atomwaffen vielleicht eingesetzt werden, die vorher auf ukrainischem Grund waren und die abgegeben wurden an Russland, erscheint mir absolut zynischer Natur.

**Küpper:** Wir haben jetzt nur noch wenig Zeit, aber das heißt, der Westen dürfte seine Waffenlieferungen nicht von dem Kalkül Putins abhängig machen, von der Sorge, von der Angst vor ihm?

**Barley:** Ja, das glaube ich. Zum einen, weil er sowieso so handelt, auch ohne Grund, wie er das für richtig hält. Und zum zweiten: Was bedeutet das in der letzten Konsequenz? – Er hat nun mal diese Atomwaffen. Dann wird er als nächstes Georgien, Moldova, wen auch immer überfallen, und wir sagen dann jedes Mal, na ja, aber er hat Atomwaffen. Das kann doch nicht unsere Politik sein.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.